

ANTWORT AUF AKTUELLE FRAGEN

Imperialistische Politik ist differenziert zu bewerten

Die Auseinandersetzung mit aktuellen Formen und Erscheinungen imperialistischer Politik hat bei uns in der Parteiarbeit ihren festen Platz. In der jüngsten Zusammenkunft der Agitatoren entzündete sich die Diskussion daran, ob die Politik jedes imperialistischen Staates militant-expansiv und aggressiv ist. Wie muß man dazu argumentieren?

Steffen Peter
VEB Wema Union Karl-Marx-Stadt

Die grundsätzliche Problematik, die sich in dieser höchst aktuellen Frage widerspiegelt, ist seit langem Gegenstand der marxistischen Analyse zur Erforschung des Imperialismus. Erinnert sei hier nur an Arbeiten Lenins, in denen er zwischen einem militant aggressiven Flügel der Monopolbourgeoisie und einem pazifistischen Flügel differenziert.

Diese Differenzierungen, denen unterschiedliche Auffassungen und Verhaltensweisen über die Realisierung der außenpolitischen Interessen des Monopolkapitals zugrunde liegen, ziehen sich weitgehend quer durch die Monopolbourgeoisie der verschiedenen kapitalistischen Länder. Sie widerspiegeln sich in unterschiedlichen politischen Kon-

stellationen zwischen und in diesen Ländern, in deren Regierungen und der jeweiligen Regierungspolitik.

Ein Blick in die Geschichte soll dies verdeutlichen. Als das imperialistische System in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts nach Lösungen suchte, einen Ausweg aus der großen Weltwirtschaftskrise zu finden, setzte sich politisch sowohl die eine als auch die andere Fraktion der Monopolbourgeoisie durch. Verkörpert zum einen durch eine aggressiv-faschistische, terroristische Herrschaftsvariante - vor allem in Deutschland - und zum anderen durch eine nichtaggressiv-liberal-reformistische - vor allem in den USA unter Präsident Roosevelt.

Unterschiede in der imperialistischen Politik

Unter den heutigen Bedingungen, da sich die Frage nach militärischer Aggressivität und Expansion in bisher nicht gekannten Dimensionen stellt, gewinnt die Analyse der unterschiedlichen Varianten des staatsmonopolistischen Kapitalismus, das Erkennen unterschiedlicher Interessenlagen innerhalb des Monopolkapitals und deren Äußerung in unterschiedlichen Konstellationen zwischen politischen Kräften und Parteien noch größere Bedeutung. Sie mündet in der Kernfrage, ob Aggressivität und dar-

aus erwachsende militärische Gewaltanwendung nach außen, gegenüber anderen Staaten, eine unabdingbare Lebensbedingung für den Imperialismus sind.

Die Welt von heute zeigt: In einigen imperialistischen Staaten dominiert eine aggressiv-konfrontative Politik mit dem Ziel, notfalls mit militärischen Mitteln den Sozialismus zu zerschlagen. In anderen dagegen nicht. Es wäre [^]also falsch und für praktische politische [^]Schlußfolgerungen schädlich, die Politik des USA-Imperialismus insbesondere seit

Beginn der achtziger Jahre mit der Politik solcher imperialistischer Staaten gleichzusetzen wie beispielsweise Finnlands, Schwedens, Österreichs oder der Schweiz.

Nicht übersehen werden darf auch, daß die führenden kapitalistischen Staaten offensichtlich auf den Krieg als Mittel ihres Konkurrenzkampfes untereinander um die Neuaufteilung von Märkten, Kapitalanlagen, um den Zugang zu fremden Territorien und Ressourcen usw. zur Wahrung der Klasseninteressen des internationalen Monopolkapitals verzichtet haben. Heute werden dafür nichtkriegerische expansive und aggressive Instrumentarien im Konkurrenzkampf bevorzugt angewandt, wie die Währungswaffe, Restriktionen, Embargomaßnahmen, Protektionismus - um nur einige zu nennen. Monopolistische Expansion, die Neuverteilung von Märkten und Kapitalanlagen und anderes mehr bedarf also nicht unbedingt des Krieges.

Militärische Aggressivität und Krieg wurzeln, wie das die Klassiker des Marxismus-Leninismus überzeugend bewiesen haben, in der ökonomischen Basis des Kapitalismus. Doch zwischen Ökonomie und Politik besteht ein dialektisches Wechselverhältnis. So besitzt die von der ökonomischen Basis hervorbrachte Politik eine relative Selbständigkeit und wirkt aktiv auf die Basis zurück. Und eben diese Rückwirkung kann sowohl fördernde als auch stagnierende oder sogar entgegengesetzte Wirkungen hervorbringen, wie Friedrich Engels vor fast 100 Jahren feststellte. Imperialistische Aggressivität muß sich also nicht zwingend in militärische Gewaltanwendung entladen; Kapitalismus bedarf unter den heutigen Bedingungen nicht unbedingt des Militarismus.

Unter staatsmonopolistischen Bedingungen spielt die Politik eine immer größere Rolle. Verwirklichen sich doch hier die ökonomischen Gesetze in hohem